

PRESSEMITTEILUNG

Schulwegsicherheit darf keine Fußnote im Bezirksbudget sein

Utl.: oder wie viele Kinder müssen noch sterben?

Wieder ist es passiert: der heutige tragische Tod eines Achtjährigen auf dem Weg von der Schule nach Hause auf einem durch Schülerlotsen und Zebrastreifen gesicherten Straßenübergangs muss zum Umdenken veranlassen!

Elternvereine berichten über zäheste und erfolglose Verhandlungen mit Bezirksverwaltungen oder über Kompetenzüberschneidungen mit den Verkehrsbetrieben (Straßenbahn- oder Busstationen). Die Einrichtung eines simplen Zebrastreifens an einer gefährdeten Kreuzung gerät für Elternvereine oft zur monatelangen Betteltour durch die Büros der Bezirksverwaltungen, obwohl vor Ort schon fast täglich "Beinahe-Unfälle" zu beobachten sind.

Dabei haben es die öffentlichen Stellen in den Bezirken auch nicht leicht: die ohnehin dünnen Bezirksbudgets für Verkehrsangelegenheiten sind oft bis zur Obergrenze mit jährlichen Fixkosten verplant. Geld für neue Vorhaben ist da nicht mehr drinnen.

Bezirksvorsteher sind zwar zuständig für Verkehrsregelungen und damit auch Verkehrssicherheit im eigenen Bezirk. Sie dürfen aber bei übergeordneten Kompetenzen der Stadtverwaltung - etwa bei Landes- oder Bundesstraßen (z.B. Gürtel, etc.) die durch den Bezirk führen - nicht mitreden.

Genauso wenig wie bei Problemen die Straßenbahn- oder Bushaltestellen betreffen, da diese in den Kompetenzbereich der Wiener Verkehrsbetriebe fallen. Die Elternvereine wissen oft nicht einmal, wen sie dort anrufen sollen.

Der Obmann des Landesverbandes Katholischer Elternvereine Wiens, Mag. Christian Hafner - Delegierter zum Elternbeirat der Stadt Wien und des Bundes - weiß, dass in den Elternbeiratssitzungen des Stadtschulrates, in regelmäßigen Abständen, über solche Themen seitens der Wiener Landes-Elternvertreter berichtet wird. Genauso regelmäßig verweist der Stadtschulrat für Wien - mangels eigener Zuständigkeit - an die jeweiligen Bezirksverwaltungen oder Verkehrsbetriebe.

Kafkaesker geht es ja nicht mehr. Sogar den Schilda-Bürgern ist es da noch besser ergangen.

„Neue Konzepte und Vorschläge dringen bei diesem Wirrwarr an Regelungen und lokalen Finanzierungsengpässen nicht mehr durch“, sagt Mag. Hafner und führt als Beispiel die Abschaffung der nur trügerische Sicherheit vermittelnden Zebrastreifen an. Er regt an, als Ersatz, über Straßenauftrittspoller aus Beton für Schulwegeübergänge nachzudenken.

An die Verantwortlichen der Landesregierung richtet der Obmann des Landesverbandes Katholischer Elternvereine Wiens folgende Forderungen:

- Beseitigung des Kompetenzwirrwarrs bei Schulwegsicherungen und Vereinheitlichung in EINER Magistratsstelle!
- Dotierung eines bezirksübergreifenden Stadtbudgetpostens für die sofortige Verbesserung von Schulwegen bei Gefahr im Verzug!
- Best-Practice: Bezirke sollen ihre guten Ideen zur Schulwegsicherung stadtweit austauschen können. Das Rad muss nicht dauernd neu erfunden werden!

Daher: nachhaltige Wirksamkeit zum Wohle und Schutze unserer Kinder anstatt Schrebergartlerei. Der heutige tragische und unnötige Tod eines Schulkindes sollte Zeichen genug sein!

Rückfragehinweis: Landesverband Katholischer Elternvereine Wien
Hr. Mag. Christian Hafner; Tel.: +43 0664 89 03 953;
Email: wien@hvkev.at; Homepage: www.hvkev.at/wien